

Interview | Ständerat Beat Rieder im Gespräch über die Unternehmenssteuerreform III

«Wir werden auch dieses Mal die kurzfristigen Steuerausfälle komp

Beat Rieder, erst vor zehn Jahren ist eine Steuerreform für Unternehmen durchgeführt worden und jetzt kommt schon wieder eine vors Volk. Das ist ja schon fast inflationär.

«Die Schweiz ändert ja nicht von sich aus ihr Steuersystem. Es ist eine Falschaussage zu behaupten, dass das Parlament von sich aus Steuerprivilegien für Unternehmen schafft.»

Der Druck kommt vom Ausland.

«Richtig. Von der OECD und der EU. Die wollen die Sonderbesteuerung für Holdings und Verwaltungsgesellschaften – es handelt sich um 24 000 Unternehmen, die 150 000 Angestellte beschäftigen und Steuereinnahmen von rund vier Milliarden abwerfen – abschaffen. Die Schweiz muss reagieren und diese Steuerprivilegien aufheben. Sonst droht der Schweiz die schwarze Liste der Steuerparadise.»

Das ist der Ausgangspunkt.

«Ja. Aber wenn wir nun Steuerprivilegien abschaffen, müssen wir auf der anderen Seite Anreize für diese Gesellschaften schaffen, damit sie in der Schweiz bleiben. Denn jedes Land hat seine Privilegien. Die Sitzgesellschaften, die keine operativen Tätigkeiten in der Schweiz ausführen, suchen sich die Länder gezielt aus, wo sie ihren Steuersitz haben wollen. Wir schaffen nun ein Privileg ab und führen OECD- und EU-kompatible Privilegien ein unter Gleichbehandlung aller Unternehmungen. Das ist gegenüber den kleinen und mittleren Unternehmen seriös. Die Steuergerechtigkeit ist gegeben.»

Das kostet den Bund mindestens 1,3 Milliarden Franken und die Kantone und Gemeinden weitere 1,3 Milliarden. Insgesamt gehen somit mindestens 2,5 Milliarden Franken flöten.

«In der Vergangenheit stellte man bei den Steuerreformen fest, dass es kurzfristig zwar Steuerausfälle gibt. Doch mittel- und langfristig ist die Steuerbasis verbreitet worden. Wir hatten mehr Firmen in der Schweiz. Die sorgten für mehr Wirtschaftswachstum und mehr Steuereinnahmen. Das ist seit 1990 der Fall in der Schweiz. Bei den juristischen Personen hatten wir seither eine Zunahme des Steuersubstrats von acht auf zwanzig Milliarden. Alt Bundesrat Merz wurde attackiert, weil er die Steuerausfälle nicht korrekt vorausgesagt hatte.»

Das war bei der USR II. Merz sagte vor der Abstimmung, es handle sich um 83 Millionen. Danach sagte er, es seien 850 Millionen gewesen. Und als man nachrechnete, waren es plötzlich 1,3 Milliarden. Wird das dieses Mal auch so sein?

«Doch diese Summe konnte man nicht nur kompensieren, sondern sogar bei Weitem übertreffen. Durch eine breitere Steuerbasis. Das ist der entscheidende Punkt.»

Sie behaupten, das sei wegen der Steuerreform gewesen. Doch der Grund war doch in Wirklichkeit der wirtschaftliche Aufschwung nach der Finanzkrise.

«Entschuldigung. Die Finanzkrise war noch voll im Gang. Wir reden vom Jahr 2008, der Aufschwung kam erst 2010. Es ist immer das Gleiche: Wir haben kein Wirtschaftswachstum, ohne dass wir ideale Rahmenbedingungen haben. Merz konnte nicht nur die Steuerausfälle kompensieren, sondern diese übertreffen. Heute haben Bund und Kantone die höchsten je verzeichneten Steuereinnahmen.»

Und jetzt will man ein Loch von zwei bis vier Milliarden reissen. Die



Legt sich ins Zeug. Ständerat Beat Rieder ist ein vehementer Verfechter der USR III.

Meinungen über die effektive Summe gehen auseinander.

«Ja, in der Bundeskasse wird es Ausfälle geben.»

Auch bei den Kantonen. Im Wallis wird das Loch von 136 Millionen gerissen, 66,7 Millionen beim Kanton, weitere 69,3 Millionen bei den Gemeinden.

«Das Loch im Kanton wird kompensiert durch einen höheren Anteil an den Bundessteuern. Das heisst, der Kanton Wallis wird keine Ausfälle haben. Das ist eine Tatsache. Der Bundesanteil für die Kantone wird nämlich von 17 Prozent auf 21,2 Prozent steigen. Auf Kantonsebene wird die USR III im Wallis keine Konsequenzen haben. Punkt.»

«Wir haben kein Wirtschaftswachstum, ohne dass wir ideale Rahmenbedingungen haben»

Ständerat Beat Rieder

Dafür aber auf Gemeinde-Ebene.

«Es wird gewisse Gemeinden geben, die Ausfälle zu verzeichnen haben. Da ist der Kanton aber frei und autonom, wie er das Paket vom Bund umsetzen will. Der Grosse Rat wird selbst bestimmen können, welche Steuervorteile er anwenden will. Der Staatsrat hat bereits solche definiert. Beispielsweise die Befreiung von der Grundstücksgewinnsteuer. Da profitieren sämtliche Seilbahnen im Wallis. Das hat mit dem Bundespaket aber gar nichts zu tun. Das hat der Kanton selbst im Rahmen seiner Steuerpolitik vorgeschlagen.»

Wir verlieren zwischen zwei und vier Milliarden. Das ist ein Fakt. Auf der anderen Seite wird gesagt,

diese Summe werde durch Neuan-siedelungen von Firmen kompensiert. Das ist aber nur eine Behauptung. Auf einer Seite ein Fakt, auf der andern nur eine Behauptung.

«Diese Behauptung ist historisch verifiziert. Durch die USR I und USR II. Seit 1990 ist die Schweiz steuerrechtlich immer wettbewerbsfähiger geworden. Und hat per Saldo mehr Steuereinnahmen generiert.»

Das war aber nicht wegen der Steuerreformen, sondern weil die Wirtschaft geboomt hat.

«Das war immer verbunden mit dem Wirtschaftswachstum, das gebe ich zu. Doch das Wirtschaftswachstum in der Schweiz hat mit den Rahmenbedingungen zu tun. Und eine dieser Rahmenbedingungen ist die Steuerwettbewerbsfähigkeit. Diese ist wichtig, weil international tätige Firmen sehr grossen Wert darauf legen. Die Gegner sagen, wir schaffen mit der USR III ein Steuerloch. Doch das kommt erst recht, wenn wir nichts tun. Wenn wir aufgrund des Drucks der EU die Privilegien abschaffen, ohne neue zu bieten, werden diese Firmen die Schweiz verlassen.»

Wieso sind denn diese Firmen nicht schon längst abgezogen?

«Weil wir bisher steuerrechtlich absolut top waren.»

Wenn die Firmen solch grossen Wert auf Steuervorteile legen, weshalb sind dann nicht alle im Kanton Zug angesiedelt?

«Der Steuerwettbewerb innerhalb der Kantone ist vor allem für Domizilgesellschaften mit Auslandsbezug wichtig, die nicht historisch in der Schweiz gewachsen sind. Für die in der Schweiz operativen Gesellschaften, die in der Schweiz gewachsen sind, ist der Steuerunterschied zwischen den Kantonen aufgrund des interkantonalen Steuerwettbewerbs nicht derart horrend gross, dass es sich

für sie immer lohnt, von einem Kanton in den nächsten zu wechseln.»

Nehmen wir an, Sie haben recht und die Domizilgesellschaften verlassen unser Land, weil wir die USR III ablehnen. Wohin wollen diese gehen?

«Wir Schweizer nehmen immer an, wir seien Weltmeister. Da gibt es viele Länder: Dubai, Luxemburg, Hongkong, Irland, Singapur usw.»

Dort herrscht doch niemals die gleiche politische Sicherheit wie in der Schweiz. Hongkong ist China...

«Na und? Investiert nicht die ganze Wirtschaftswelt in China?»

Die EU ist am Zerbröckeln. Dort geschieht ein Auflösungsprozess. Die Schweiz ist ein Hort der Sicherheit, was in Irland geschehen wird, kann heute keiner mehr sagen.

«Ich gehe nicht davon aus, dass die EU auseinanderbricht.»

«Die Gegner der Vorlage beweisen überhaupt nichts, die behaupten nur»

Beat Rieder

Warten Sie die Wahlen in Frankreich ab. Wenn Le Pen gewinnt, gibt es bald den Frexit. In Österreich sind vielleicht bald die EU-Gegner rund um Strache an der Macht. Und in Holland gibt es den Wilders.

«Die EU hat eine vorübergehende Krise. Ich will lieber von mittel- bis langfristigen Szenarien ausgehen. Da kann man nicht einfach sagen, wir sind stark und bleiben stark, wenn sich rundherum alle verändern.»

Nochmals: Wie wollen Sie Ihre Behauptung beweisen, dass aufgrund der USR III das Steuer-substrat erhöht werden wird?

«Durch die historischen Fakten nach der USR I und II. Die Gegner der Vorlage beweisen überhaupt nichts, die behaupten einfach nur. Die haben nicht einen einzigen stichhaltigen Beweis, dass die Reform nicht funktioniert und sie sich negativ auf die Schweiz auswirken wird. Und sie haben vor allem auch nicht einen einzigen Vorschlag, wie wir unser Steuersystem gestalten sollen, wenn wir die Steueranreize abschaffen müssen.»

Aber da gibt es eine alt Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, die Architektin der USR III, und einen Christian Wanner, ehemaliger Direktor der Finanzdirektorenkonferenz. Beides sind bürgerliche Politiker. Und beide sagen, das Paket sei überladen und sollte überdacht werden. Was spricht dagegen?

«Die Ideen, die in diesem Paket sind, wurden von Eveline Widmer-Schlumpf vorgebracht, von niemandem sonst. Wenn man später sagen will, das sei überladen, ist das ein miserabler, schlechter Stil.»

Widmer-Schlumpf genießt eine hohe Glaubwürdigkeit.

«Glaubwürdig wäre es dann gewesen, wenn sie das damals gesagt hätte, im politischen Prozess im Parlament. Widmer-Schlumpf hätte uns damals erklären sollen, das Paket könne man nicht ausbalanciert durch das Parlament bringen.»

Und Wanner?

Was sagen Sie zu ihm?

«Herr Wanner liegt seit Jahren falsch. Er vertritt immer den Staatsfiskus, der immer mehr Geld für den Staat haben wollte. Wanner hat nie die freie Wirtschaft vertreten. Wanner wollte auch schon das Bankgeheimnis innerhalb der Schweiz abschaffen, damit wir mehr Steuern haben in der Schweiz.»